



RSB Oberhausen

„Her mit dem ganzen Leben!“

8. März: Internationaler Frauenkampftag

Im Jahr 1910 wurde auf Initiative von Sozialistinnen zum ersten Mal zum weltweiten Frauenkampftag aufgerufen. Seitdem wird dieser Tag jedes Jahr international begangen.

P.S.

Ursprünglich hatte der internationale Frauentag revolutionären Charakter. Die Organisatorinnen gehörten der revolutionären ArbeiterInnenbewegung an und führten den Kampf für Frauenrechte in Abstimmung mit klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Von Beginn an war das Verhältnis zwischen Frauen- und ArbeiterInnenbewegung jedoch nicht konfliktfrei. Bis heute zeigt sich, wie wichtig die Selbstorganisation von Frauen ist, um ihren berechtigten Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Ob in der Politik, am Arbeitsplatz, in Gewerkschaften und Organisationen – die solidarische Zusammenarbeit entlang gemeinsamer Interessen macht Frauen stärker.

Der 8. März bietet Gelegenheit, öffentlich für die speziellen Anliegen von Frauen einzutreten und einmal mehr deutlich zu machen, dass das Ziel der Initiatorinnen des ersten internationalen Frauentags auch heute noch lange nicht erreicht ist: weder die Gleichberechtigung der Geschlechter noch die Befreiung aller Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung weltweit.

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser 19. Ausgabe der Oberhausener Beilage zur *Avanti* ist natürlich der Internationale Frauenkampftag Schwerpunkt.

Nach einem Artikel zum Hintergrund des 8. März auf der Titelseite findet Ihr auf Seite 2 Informationen zur Demo in Oberhausen.

Einen Beitrag zu den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln findet Ihr auf Seite 3.

Dann gibt es auf Seite 4 den dritten und letzten Teil des Veranstaltungsberichts „Freiheit hinter Barrikaden“, ergänzt um eine Aktualisierung zur Situation in der Türkei von Nick Brauns auf Seite 5.

Am Ende unserer Beilage findet Ihr einen Artikel zur neuesten Realsatire der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und deren Vorstellungen von Arm und Reich.

Wir wünschen Euch eine spannende Lektüre!

Eure Redaktion

Das Verschwinden der Frauenbewegung aus der Öffentlichkeit und ihr Rückzug in die Institutionen hat auch den Charakter des 8. März geprägt. Veranstaltungen zum Frauentag finden vielfach in geschlossenen Räumen statt, häufig nur für geladene Gäste. So wird der 8. März gefeiert, aber das eigentliche Anliegen des Frauenkampftags geht damit weitgehend verloren.

Seit einigen Jahren zeichnet sich hier eine positive Veränderung ab. Vollerorts sind lokale Frauengruppen entstanden, und auch auf der Straße ist wieder mehr Bewegung erkennbar. So gab es im Jahr 2014 in Berlin zum 8. März eine Demonstration mit mehr als 5.000 TeilnehmerInnen, die bundesweit Beachtung fand. Es war die größte Demonstration zum Frauentag in der BRD seit mehr als 20 Jahren. Im Jahr darauf konnte das breite Bündnis noch mehr Menschen mobilisieren und ruft auch in 2016 wieder zur Demonstration auf. In immer mehr Städten gibt es Initiativen für regionale oder lokale Demonstrationen zum Frauentag.

Auch in Oberhausen findet in diesem Jahr eine Demonstration zum 8. März statt (siehe Seite 2). Die Forderungen der Aufruferinnen werden auch vom RSB Oberhausen unterstützt.

Inhalt

TITEL	INTERNATIONAL
01 „Her mit dem ganzen Leben!“ Zum 8. März	04 Nordkurdistan / Türkei Freiheit hinter Barrikaden Teil 3
FRAUEN	05 Nordkurdistan / Türkei Aktuelle Einschätzung von Nick Brauns zur Situation in der Türkei
02 8. März Demo in Oberhausen	NEOLIBERALISMUS
03 Silvesternacht in Köln Auswirkungen und Bewertung	06 Reichtum und Armut Neues von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“
	06 Termine

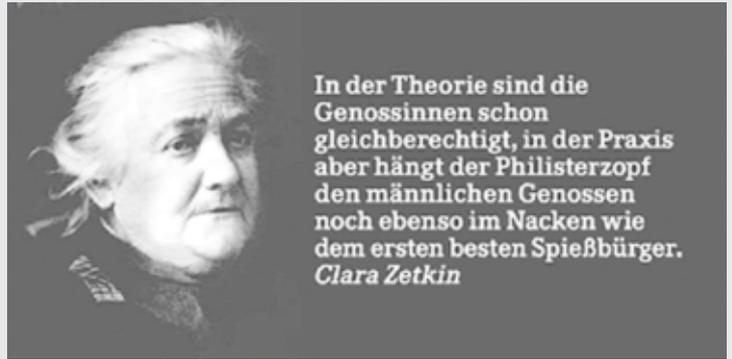
Demo in Oberhausen zum Internationalen Frauentag

Die Demo

Die Demonstration findet am Dienstag, 8. März 2016 statt. Sie startet um 11:55 Uhr vom Kommunalen Integrationszentrum (Treff 200), Mülheimer Str. 200 und führt über die Marktstraße Richtung Rathaus zur Gleichstellungsstelle an der Schwartzstraße 71. Dort findet eine Zwischenkundgebung statt. Die Demonstration endet mit einer Abschlusskundgebung vor dem Rathaus.

Die Veranstalterin der Demonstration, das Frauen-Plenum Oberhausen, lädt alle Frauen und Männer, die ihr Anliegen unterstützen, zur Teilnahme ein (siehe Dokumentation des Aufrufs in *Avanti O. Nr. 17*, Januar 2016). Sie demonstrieren für das Recht auf ein selbstbestimmtes und lebenswertes Leben, das nicht den Profitinteressen der Unternehmen untergeordnet werden darf. Ihre Forderungen:

- Existenzsichernde Löhne für alle!
- Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse!
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!
- Durchsetzung der Quotierung für Frauen in Gesellschaft, Politik, Gewerkschaften und Arbeit!
- Effektiven Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt!
- Angemessene Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, Alte, Kranke, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet – nicht an den Profitinteressen von Unternehmen!



Das Frauen-Plenum Oberhausen

Das Frauen-Plenum Oberhausen ist der bisher gelungene Versuch, autonome Frauen und gewerkschaftlich engagierte Frauen zu frauenspezifischen Themen – mit dem Schwerpunkt „Arbeitswelt von Frauen“ – an einen Tisch zu bringen. Das Frauen-Plenum trifft sich ein- bis zweimal im Monat. Darüber hinaus bilden sich die Teilnehmerinnen gemeinsam fort und besuchen dazu auch Vorträge und Veranstaltungen.

Ihr Ziel ist, in Oberhausen die Situation von Frauen und ihre spezielle Problematik sichtbar zu machen – wie jetzt zum 8. März.

Kontakt:

Frauen-Plenum Oberhausen, Mülheimer Str. 24, 46049 Oberhausen,
Email: frauen-plenum-ob@gmx.de

Die Kölner Silvesternacht und ihre Folgen

Die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht sind viel diskutiert worden. Dieser Beitrag soll einen Überblick über unterschiedliche Aspekte geben, die dabei zur Sprache kamen. Zu verschiedenen Punkten enthält er erste Überlegungen. Der Überblick soll es erleichtern, sich mit den offenen Fragen und Aufgaben künftig weiter zu beschäftigen.

PETRA STANIUS

Am 5. Januar 2016, also fünf Tage nach den Vorfällen, erschienen in verschiedenen Zeitungen ähnlich lautende, zum Teil wortgleiche Artikel. Sie berichteten von einer Gruppe von 1.000 angetrunkenen, enthemmten jungen Männern arabischer oder nordafrikanischer Herkunft, die etliche Frauen bestohlen und sexuell belästigt hätten. In anderen Städten in Deutschland und auch im Ausland sei Ähnliches passiert. Später wurde diese Meldung korrigiert, und es war dann von verschiede-

nen Männergruppen die Rede, die aus dem Schutz der Menge heraus agiert hätten. Wer diese Männer waren und was genau geschah, ist bis heute weitgehend unklar.

Die Folgen dieser Silvesternacht sind vielfältig, und es stellen sich in dem Zusammenhang viele Fragen. Das Ereignis, auf das sie sich beziehen, liegt mehr als zwei Monate zurück, aber es handelt sich hier nicht um Probleme, die lediglich tagespolitisch von Interesse sind. Das Thema ist vielschichtig und kompliziert. Dieser Überblick soll auch helfen, die verschiedenen Fragestellungen und Überlegungen

möglichst nicht unzulässig zu vermischen.

Das Versagen der Polizei

In Köln zog sich das Geschehen nach Berichten der Kölner Polizei über etwa zehn Stunden hin. Es passierte vor ihren Augen. Offenbar hat die Polizei sexuelle Übergriffe nicht nur nicht verhindert, sondern in einzelnen Fällen sogar zugeschaut.

Ist es richtig, es als Versagen der Polizei zu bezeichnen, dass sie zunächst nicht den Migrationshintergrund der mutmaßlichen Täter bekannt gegeben und mit der Verheimlichung erst den Rassismus

geschürt habe? Nach einem entsprechenden Zugeständnis der Polizei trat ihre Passivität und die unterlassene Hilfeleistung in der Silvesternacht in der Berichterstattung in den Hintergrund.

Die von Gewalt betroffenen Frauen

Die Interessen und Bedürfnisse der Frauen, die von den Übergriffen in der Silvesternacht betroffen waren, waren für den Mainstream der Diskussion nicht von Bedeutung. Um die allgemeine Verurteilung sexualisierter Gewalt ging es hier

wieso nie. Sondern um die Verteidigung „unserer Frauen“ vor Migranten? Nur eine kleine Minderheit wendet sich gegen die sexuelle Gewalt, die geflüchtete Frauen in Deutschland erfahren – von männlichen Bewohnern der Flüchtlingsunterkünfte, aber auch von Außenstehenden und vom Wachpersonal.

Die Ethnie der Täter

Welche Bedeutung kommt der Ethnie der (bekannten) Täter bzw. Verdächtigen zu? Für den Grad der Empörung über die Ereignisse und die Möglichkeit der Instrumentalisierung durch RassistInnen, aber auch für die Reaktionen von Linken und Feministinnen? Und es stellt sich auch die Frage, ob die Herkunft der Täter tatsächlich eine Rolle bei den Übergriffen gespielt hat: Nicht in Form von rassistischen Zuschreibungen wie „kriminelle Ethnien“ oder einer vorgeblich rückständigen und damit patriarchalen „islamischen Kultur“. Aber es ist von Interesse, um das Wesen der Übergriffe besser einschätzen zu können.

Die Verschränkung von Unterdrückungsverhältnissen

Die Verschränkung von Rassismus und Sexismus im Zusammenhang mit „Köln“ hat viele Schwierigkeiten verursacht, mit dem Thema angemessen umzugehen. Vereinfacht gesagt: Wer sich gegen Männergewalt äußerte, sah sich gezwungen, sich gleichzeitig von RassistInnen zu distanzieren. Wer sich von RassistInnen distanzierte, fühlte sich genötigt zu betonen, dass er oder sie aber auch Gewalt von Migranten ablehne.

Das Grundproblem ist nicht neu. Ähnliche Probleme ergeben sich zum Beispiel, wenn Faschisten dazu aufrufen, Salafisten anzugreifen. Auch hier wurde anscheinend bislang kein Weg gefunden, angemessen mit so einer Situation umzugehen.

Die Bedeutung von Religion

Spielt die Religion der Täter für die Vorfälle in Köln eine Rolle? Wie schätzen wir autoritäre Menschen, Bewegungen oder Regime ein, die sich auf eine Religion berufen? Welche Bedeutung hat für uns Religionskritik und Religionsfreiheit?

Die Qualität der Ereignisse

Viele sehen in den Vorfällen in Köln Angriffe auf Frauen von einer neuen Qualität. Sie seien mit sexuellen Übergriffen wie zum Beispiel auf dem Münchener Oktoberfest nicht vergleichbar. Ist das so? Dass tausend Männer sich über „soziale Medien“ auf der Domplatte verabredet haben, um Frauen anzugrapschen und auszurauben, wie ursprünglich vermutet, ist anscheinend nicht passiert. Können wir dennoch von einer neuen Qualität sprechen? Und wenn ja: Worin besteht sie?

Die gesellschaftliche Entwicklung

Reicht es aus, nur auf die Kölner Silvesternacht zu blicken, um das Geschehen zu beurteilen? Oder sind die Vorfälle nicht eher Ausdruck einer gesellschaftlichen Veränderung, die sich Schritt für Schritt vollzogen hat, und die nun erstmals auf diese Weise sichtbar wurde? Schon seit einigen Jahren gibt es einen Rollback, was die An-

erkennung von Frauenrechten betrifft. Die neoliberale Politik der Spaltung greift. In vielen gesellschaftlichen Bereichen finden Prozesse der Entsolidarisierung statt. Die Gesellschaft verroht zusehens. Bei Gewalt gegen Frauen geht es nicht um die Befriedigung des Bedürfnisses nach Sex, sondern um die Ausübung von Macht – und zwar in allen Klassen und Schichten. Arm und Reich driften immer weiter auseinander. Die VerliererInnen werden ins Abseits gedrängt, und die Lage von Vielen ist verzweifelt.

Einige Reaktionen auf „Köln“

Nicht alle – oft irrational anmutenden – Reaktionen nach „Köln“ lassen sich allein auf rassistische Reflexe zurückführen. Die heftigen Reaktionen bereits auf die ersten Berichte lassen sich auch nicht nur durch die Größe des Ereignisses erklären. Warum wurde es von nicht Wenigen als Verharmlosung von „Köln“ gewertet, dass diese Übergriffe mit der alltäglichen Gewalt gegen Frauen in der Familie oder auf dem Oktoberfest verglichen wurden? Wie war es möglich, dass sich nicht nur rechte „Frauenschützer“, sondern Alltags-Sexisten jeglicher Couleur selbstgefällig und mit markigen Sprüchen an der Seite der Frauen – oder auch vorneweg – als Verteidiger der Frauenrechte profilieren konnten? Warum deckten sich in ganz Deutschland Frauen mit Waffen von zweifelhaftem Nutzen ein und stürmten Selbstverteidigungskurse? Was für eine „Öffentlichkeit“ war es, die allein mit 60 PressevertreterInnen das Kölner Amtsgericht stürmte, so dass auch der größte Gerichtssaal zu klein

war – um dem Prozess gegen einen Taschendieb beizuwohnen? Die gleiche „Öffentlichkeit“, die angesichts der alltäglichen sexistischen Gewalt oder brennenden Unterkünften von Geflüchteten schweigt – oder dem sogar mit Sympathie begegnet?

Die Rolle der Medien

Inwieweit kann überhaupt von Folgen der Vorfälle in Köln gesprochen werden, also von Folgen realer Ereignisse? Und welchen Anteil daran hat im Unterschied dazu die Berichterstattung über die Silvesternacht? Welchen Effekt hatte diese Berichterstattung – und wem hat sie genützt?

Der Erfolg der Herrschenden

Im Windschatten der Diskussion um „kriminelle Ausländer“, die nach „Köln“ entfacht wurde, konnten umfangreiche Einschränkungen des Asylrechts mit nur wenig Gegenstimmen durchgezogen werden. Die Debatte um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts, die von vielen Frauen schon lange gefordert wird, scheint dagegen schon im Sande verlaufen, bevor sie richtig begonnen hat. Die Polarisierung der Gesellschaft schreitet weiter voran, und die Spaltungslinien innerhalb der ArbeiterInnenklasse sind tief.

Was tun?

Unabhängig davon, was im Detail in der Kölner Silvesternacht tatsächlich vorgefallen ist, handelt es sich um ein Ereignis, das erhebliche Auswirkungen gehabt hat – und bislang sind es ausschließlich negative. Rechte Kräfte haben Auftrieb erhalten. Die sich seit einigen Jahren anscheinend langsam wieder entwickelnde Frauenbewegung in Deutschland ist dadurch in einen Abwehrkampf verwickelt worden, um sich gegen die Vereinnahmung durch Rassisten – und Sexisten – zu wehren. Und nicht wenige Linke haben sich zu schlimmen rassistischen Äußerungen hinreißen lassen.

Aber können wir nicht auch etwas aus „Köln“ und den Folgen lernen und wichtige Schlüsse daraus ziehen? Welche Aufgaben stellen sich uns, Linken und Feministinnen, mit dem Blick auf „Köln“ und die Auswirkungen? Verändern sich dadurch die Aufgaben, die wir uns ursprünglich gestellt haben?

Durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Geschehen kann „Köln“ zumindest noch diese positive Auswirkung haben.



Foto: www.labournet.de

Türkei: Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Unten veröffentlichen wir den dritten und letzten Teil des Berichts über die Veranstaltung mit Nick Brauns in Duisburg im November 2015. Die von ihm dargestellte Entwicklung in der Türkei hat sich in der Zwischenzeit weiter zugespitzt. Wie er heute die Lage einschätzt, könnt Ihr unten auf Seite 5 dieser Ausgabe lesen.

Seit August 2015 setzt der türkische Staat neben Medienzensur und Verhaftungen auch das Militär und paramilitärische Einheiten gegen die kurdische Bevölkerung ein. Ausgangssperren wurden verhängt, kurdische Städte und Ortschaften werden systematisch belagert. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung verübt die türkische Armee Massaker an der Zivilbevölkerung.

Erdoğan und seine AKP sind dabei, den türkischen Staat in eine Diktatur umzubauen. Bei der Organisierung von Widerstand gegen diese Bestrebungen spielt die Kurdische ArbeiterInnenpartei (PKK) eine wichtige Rolle. Die PKK wird jedoch nicht nur in der Türkei, sondern auch in der BRD als Terrororganisation diffamiert.

Erdoğan dagegen wird von der deutschen Regierung weiter hofiert. Merkel – bzw. die EU – braucht die Türkei als Partner, um die anhaltende Flüchtlingsbewegung in den Schengen-Raum zu unterbinden. Die eklatante Verletzung

von Menschenrechten durch die türkische Regierung spielt offenbar keine Rolle. Statt Druck auf die Türkei auszuüben, werden die ursprünglich veranschlagten drei Milliarden Euro für Erdoğan weiter aufgestockt, um ihn die Drecksarbeit der „Bewältigung der Flüchtlingskrise“ für die EU erledigen zu lassen.

Just an dem Tag, als Angela Merkel Staatspräsident Erdoğan einen Besuch abstattete, am 8. Februar 2016, wurde ein schweres Massaker an ZivilistInnen durch türkische Soldaten in Cizre bekannt: 30 verbrannte Leichen wurden im Keller eines Wohnhauses entdeckt.

Es ist eine Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, von der hiesigen Regierung die Beendigung der Unterstützung Erdoğan und des schmutzigen „Kriegs gegen den Terror“ zu fordern. Und: Das Verbot der PKK muss weg!

L.M.

Nordkurdistan / Türkei Freiheit hinter Barrikaden

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Türkei am 1. November gewann die AKP, die „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ des amtierenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, die absolute Mehrheit zurück. Der Journalist und Historiker Dr. Nick Brauns hatte in den Wochen vor der Wahl die kurdischen Landesteile der Türkei bereist. Über seine Eindrücke und seine Einschätzung der Lage nach der Wahl berichtete er am 21. November bei einer Veranstaltung, zu der NAV-DEM Duisburg (1) eingeladen hatte.

Teil 3: Die Wahl am 1. November und Ausblick

LINDA MARTENS

Damit die TeilnehmerInnen die Wahl in der Türkei historisch einordnen konnten, hatte Nick Brauns zu Beginn der Veranstaltung einen Überblick über die Entwicklung der Türkei seit dem Ende der 1990er Jahre gegeben. Dies war die Zeit, in der die AKP an Bedeutung gewann.

Bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 war es der jungen kurdischen HDP – der Demokratischen Partei der Völker – gelungen, als Partei aller demokratischen Kräfte zu überzeugen. Sie erhielt 13 Prozent der Stimmen – eine schwere Schlappe für die AKP, die die absolute Mehrheit verlor. In den folgenden Monaten schürte die AKP Hass und Gewalt, deren Opfer zumeist fortschrittliche Kräfte waren. Der Waffenstillstand zwischen dem türkischen Staat und der PKK wurde nun auch offiziell beendet, was faktisch bereits seit Anfang März 2015 der Fall war. (2)

Angriffe und Widerstand

Im kurdischen Städten und Ortschaften wurden ab August 2015

Ausgangssperren gegen die Bevölkerung verhängt, und das Militär ging mit schweren Waffen und Scharfschützen gegen die BewohnerInnen vor. Die Opfer waren ZivilistInnen, so auch Kinder und alte Menschen.

In Şırnak, Cizre und Diyarbakır Sur gingen die Angriffe von Leuten aus, die sowohl von ihrem Aussehen als auch von ihrer Mentalität an den so genannten IS (3) erinnerten. Nick Brauns berichtete, dass sie die gleichen Schriftzüge auf Häuser sprühten, wie sie auch vom „IS“ in Rojava (4) hinterlassen wurden.

Im Osten der Türkei bildeten sich ähnliche Strukturen der Selbstverwaltung wie in Rojava in Nordsyrien. Es gab eine große Verteidigungsbereitschaft für die selbstverwalteten Viertel. Die BewohnerInnen errichteten mit Sandsäcken Blockaden gegen die Panzer des türkischen Militärs. Fahnen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG waren zu sehen.

Anders verhielt es sich in Diyarbakır. Hier erklärte sich nur die Altstadt, Sur, autonom. Die Verteidigung des Stadtteils konnte nicht durchge-

halten werden, und so erteilte die PKK einen Rückzugsbefehl. Ein Teil der Bevölkerung gab der PKK die Schuld daran, dass ihre Stadt zerstört wurde, und wählte darum bei der vorgezogenen Wahl am 1. November 2015 Erdoğan's AKP. Dies

waren zum Beispiel kleine Ladenbesitzer.

Andere waren wütend auf die PKK, weil sie nicht in der Lage war, die Zivilbevölkerung zu schützen. Der Referent sagte, dies sei ernst zu nehmen, denn es sei für den Wahl-

Weg mit
dem
PKK-Verbot!

erfolg der AKP im November von Bedeutung gewesen. Er stellte fest: Je besser die Menschen organisiert waren, umso weniger Angst hatten sie auch. Und umso größer war die Zustimmung für die HDP.

Die Herrschaft Erdogans

Die AKP gewann im November die absolute Mehrheit zurück. Wie ist der Wahlerfolg der AKP zu erklären? Wahlmanipulationen können nach Nick Brauns nicht ausschlaggebend gewesen sein. Die habe es auch in der Vergangenheit immer gegeben.

Das Kalkül von Erdoğan, dass er gewählt würde als der starke Mann, der wieder für Ruhe sorgen würde, sei zum Teil aufgegangen. Jedoch sei es nicht gelungen, die HDP unter 10 % zu drücken. Sie habe eine feste Stammwählerschaft. Allerdings habe Erdoğan die Hälfte der WählerInnen der Grauen Wölfe abwerben können. Der Preis hierfür sei die Faschisierung der AKP.

Ist die Herrschaft Erdogans nun zementiert? Dieser Meinung war der Referent nicht:

Die von ihm zu Beginn der Veranstaltung beschriebene Instabilität der türkischen Wirtschaft gebe es weiter-

hin. Früher oder später würde die Schuldenblase platzen – und mit ihr auch der Mythos, die AKP habe für wirtschaftlichen Aufschwung gesorgt.

Der von den WählerInnen erhoffte Frieden würde nicht kommen, sondern der Krieg würde weiter gehen – auch durch die anhaltenden Kämpfe in Rojava.

Zur Wahrung der eigenen Interessen würde Russland es nicht zulassen, dass die Türkei in Syrien einmarschiere.

Als herrschaftsstabilisierend kritisierte er die Haltung der BRD und der EU, die Erdoğan als Hilfssheriff für den Flüchtlingsstopp bräuchten und ihn darum unterstützten.

In der anschließenden Diskussion äußerte er die Ansicht, dass ein echter Friedensprozess möglich sei: Die Forderungen, die von Seiten der KurdInnen aufgestellt würden, wie kommunale Selbstverwaltung oder kurdisch-sprachiger Schulunterricht, seien auch von einem kapitalistischen Staat erfüllbar. Eine Entschärfung der kurdischen Frage könnte sogar im Interesse des Kapitals sein.

Er bejahte die Frage, ob er die Gefahr eines ethnischen Bürgerkriegs in der Türkei sehe. Er hielt es für mög-

lich, dass Erdoğan den Weg „Krieg der Türken gegen die Kurden“ wählen könnte. Ein Problem sei, dass eine ganze Generation so sozialisiert sei, dass sie hinter Erdogans Hetze stehe. Auf der Seite der KurdInnen sah er so ein Potential (noch) nicht. Sie hätten den Kampf für alle Völker der Region als Ziel, wie es von der PKK aufgestellt worden sei.

Was tun?

Nick Brauns vertrat die Auffassung, dass die Selbstverteidigungskräfte vorangetrieben werden müssten – auch in der Westtürkei. Strukturen der Selbstverwaltung müssten geschaffen bzw. ausgebaut werden. Die Menschen sollten auf ihre eigene Kraft vertrauen, anstatt auf den Staat zu hoffen. Der Aufbau der Selbstverwaltung sei der beste Schutz. Auf diese Weise würden Rückzugsgebiete geschaffen, aus denen heraus am Ende der Sturz Erdogans möglich sei.

Fußnoten

(1) *Der bundesweit tätige Verein NAV-DEM ist Ergebnis der Neuorganisation der Arbeit des Dachverbandes kurdischer Vereine und Institutionen.*

Er löst die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland – YEK-KOM e.V. – ab. Der NAV-DEM e. V. soll die Zusammenarbeit von Frauen, Jugendlichen, verschiedenen kurdischen Religionsgemeinschaften und der insgesamt 260 Vereine und Einrichtungen koordinieren. Die primäre Entscheidungsbefugnis liegt dabei bei den Gesellschaftszentren auf der lokalen Ebene. Ziel der Neuorganisation ist die Organisation und Förderung der Demokratie an der Basis. Mehr Informationen unter www.navdem.com.

(2) *Siehe hierzu die beiden vorausgegangenen Folgen. Teil 1 ist erschienen in Avanti O. Nr. 16 (Dezember 2015), Teil 2 in Avanti O. Nr. 17 (Januar 2016).*

(3) *IS steht für „Islamischer Staat“. Siehe hierzu auch den Artikel „Nennen wir es doch einfach Daesch!“ in Avanti O. Nr. 16.*

(4) *Rojava, Westkurdistan, ist eine Region im Norden Syriens. Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien begannen 2012 die BewohnerInnen von Rojava mit Erfolg, demokratische Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen. Sie sind ein bevorzugtes militärisches Angriffsziel des „IS“, des Daesch.*

Der Referent

Dr. Nick Brauns wurde 1971 in München geboren und lebt und arbeitet heute in Berlin.

Türkei/Kurdistan gehört zu seinen Schwerpunktthemen, und er unternimmt regelmäßig politische Studienreisen in den Nahen Osten.

Ein weiteres Spezialgebiet von Nick Brauns ist die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. So hat er in Neuer Geschichte über die Rote Hilfe Deutschlands promoviert.

Auf seiner Website findet Ihr neben Informationen zu seiner Person auch

Fotoreportagen und zahlreiche Texte unter anderem über den Nahen Osten.

Es lohnt sich, diese Website anzuschauen, wenn Ihr mehr Informationen zum Beispiel über die Situation in der Türkei vor und nach den letzten

Wahlen, über die Verteidigung der kurdischen Stadt Kobanê (Rojava, Syrien) gegen den so genannten IS und über die Lebensbedingungen in Kurdistan haben möchten:

www.nikolaus-brauns.de

Nick Brauns: Perspektiven aus heutiger Sicht (2. März 2016)

Ich denke weiterhin nicht, dass Erdogans Herrschaft auf Dauer zementiert ist, da ja wirtschaftliche Probleme weiterbestehen. Zudem ist das außenpolitische Konzept der AKP in Syrien gescheitert, während die Kurden dort dank des russischen Eingreifens ihren Handlungsspielraum – jetzt umworben von Washington und Moskau – erweitern konnten.

Allerdings zeigt sich, dass das Konzept der Autonomie in den kurdischen Städten der Türkei gegen die ganze Macht eines feindlichen Staatsapparates nicht durchzuführen ist. Öcalans Buch, in dem er seine Theorien von Selbstverwaltung erläutert, hat auf deutsch den Titel „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“. Angesichts der weitgehenden Zerstörung von Städten wie Cizre und Diyarbakir Sur, der Vertreibung hunderttausender Einwohner und der Massaker an hunderten sowie der wohl systematischen Ermordung der städtischen Avantgarde der kurdischen Bewegung kann leider keine Rede von einem solchen anarchistischen Konzept des „Jenseits von Staat und Macht“ sein. Der bürgerliche Staatsapparat kann – wie wir von Lenin wissen – nicht einfach von den Arbeitern übernommen werden. Er kann aber – wie es sich Öcalan erhofft – auch nicht einfach links liegen gelassen werden. Er muss vielmehr – wieder Lenin – zerschlagen und durch den Rätestaat ersetzt werden.

Damit zeigt sich: Ohne eine Veränderung in der ganzen Türkei wird es nicht möglich sein, in Kurdistan die demokratische Autonomie auf kommunaler Grundlage aufzubauen. So wurde die Guerilla von der Heftigkeit der Angriffe mit Panzern und Artillerie auf die Städte in ihren Winterlagern in den Bergen überrascht und konnte nicht auf Seiten der attackierten Zivilbevölkerung eingreifen. Das könnte sich im März nach Schneeschmelze ändern. Dann droht der Krieg weiter zu eskalieren. Damit könnte zwar das Militär zurückgedrängt wer-

den. Doch jeder tote Soldat führt in der Westtürkei zu nationalistischen Aufwühlungen, dann drohen neue Pogrome gegen die HDP und Kurden generell. Die Spaltung des Landes wird damit weiter verschärft, auch wenn der wahre Separatist Erdogan und nicht die für eine gemeinsame, demokratische Türkei ein tretende PKK ist.

Skeptischer als noch im November bin ich bezüglich der Westtürkei.

Die Einschüchterung der außerparlamentarischen Opposition nach dem Anschlag von Ankara und dem AKP-Wahlsieg, die Gleichschaltung der Medien mit ihrer nationalistischen Hetzpropaganda und die erneute Militarisierung der Gesellschaft haben ihre Spuren hinterlassen. Abgesehen von dem Akademikerappell für den Frieden von 2.000 Wissenschaftlern (die dafür jetzt wegen Terrorpropaganda verfolgt werden) wurden in den letzten Wochen keine Stimmen gegen die Massaker in Kurdistan laut. Nur Kurden und Kommunisten gehen in der Westtürkei – in kleiner Zahl – noch gegen den Krieg auf die Straße.

Die HDP ist in der öffentlichen Wahrnehmung wieder auf den Stand einer kurdischen anstelle einer türkeiweiten Linkspartei zurückgefallen. Ein positiver Ausblick fällt mir daher wesentlich schwerer als im November. Einziger Lichtblick: bei Renault in Bursa gibt es gerade wilde Streiks gegen die Entlassung von Gewerkschaftern, und am Schwarzen Meer in Artvin (einer sehr konservativ-nationalistischen Ecke) gibt es große Proteste gegen umweltzerstörerischen und giftigen Bergbau. Funken von Opposition gegen Erdogan sind also auch im Westen des Landes noch da.

herzliche Grüße

Nick

Scherz, Satire, Wahnsinn, Kapitalismus und tiefere Bedeutung 2

Gedanken zu den 10 „Fakten zur Armut in Deutschland“ der „Initiative Freie Soziale Marktwirtschaft“

Nach den Gedanken zu der Resolution der Vollversammlung der IHK zu Essen in Sachen TTIP in der Avanti O. Nummer 8 vom April 2015 wird hier nun wieder ein neues neoliberales Meisterwerk der un-freiwilligen Satire behandelt.

ERNST KOCHANOWSKI

Kurz nach dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat die o. g. Initiative „IFSM“, welche Freiheit und Soziales lediglich ihrer Klasse, also den Reichen und Herrschenden, zugesteht, hier nun die ganze ungeschminkte Wahrheit ans Licht geholt und in 10 knallharten Fakten dargestellt.

Dummerweise wurde diese Broschüre lediglich mit Binsenweisheiten und Allgemeinplätzen gefüllt. Waren da Hans Werner Sinn und sein Ifo-Institut beteiligt? Oder kann man sich bei der neoliberalen Wissensvermittlungstiftung nicht so weit in die Massen hineindenken, ihnen so etwas wie Intelligenz zu-trauen? Aber es ist auch ganz schön schwer, neoliberale „Wahrheiten“ zu verbreiten, wenn das schnöde Leben diese mit Wirklichkeit kontert.

Schon im Vorwort wird, nachdem nicht ganz zu Unrecht der Begriff Armut hinterfragt wird, behauptet, dass jeder sechste Einkommensarme über Vermögen verfügt, mit dem er zehn Jahre seinen Lebensunterhalt bestreiten könnte. Hier in Oberhausen mit den günstigen Mietpreisen wären dies also vielleicht 120.000,00 €. In Städten wie München aber wäre damit grade mal die Miete zu bezahlen. Das bedeutete also, so um die 17 % der Armen verfügten über bis zu 200.000,00 € an Sach- und Geldvermögen. Da wüsste man doch gern, wie diese Behauptung zustande kommt. Vermutlich war das Ergebnis „Armut weitgehend ein Phantasieprodukt“ einfach zu schön.

Ganz platt wird es aber bei den „Fakten“. Zum Beispiel die Erkenntnisse im Fakt 2, vor allem Arbeitslose seien armutsgefährdet. Wer käme da nicht selber drauf?

Oder Fakt 2: „Qualifizierung beugt Armut vor“.

Nur ein paar Berichte der letzten Monate aus diversen Zeitungen über Stellenabbau: General Electric, Bombardier, XXXL Lutz, Gerry Weber haben vor, zusammen genommen Zehntausende zu entlassen. Jede Leserin, jeder Leser kann diese Liste bestimmt ohne große Mühen fortsetzen. Alles unqualifizierte Menschen? Und was ist mit denen, welche sich in die Frührente malocht haben und ihr Restleben auch nicht gerade mit Geldzählen sondern eher mit Pfennigumdrehen verbringen müssen?

Und dann sind wir auch gleich beim Fakt 4: „Umverteilen in Deutschland ist erfolgreich“. Endlich die Wahrheit? Weil die Politik nämlich dafür gesorgt hat,

dass die Reichen endlich richtig Steuern zahlen müssen und ihr Überfluss so auf die Allgemeinheit verteilt wird? „Die staatliche Umverteilung macht die Einkommen nicht nur gleicher, sie wirkt auch stärker als in anderen Ländern“. So steht es in der Broschüre. Das reale Leben bleibt, wie oben schon versprochen, weiter außen vor. Abgesehen davon, dass „gleicher“ sowieso Quatsch ist, was ist eigentlich damit gemeint? Krupp und Krause gleich? Oder aktueller: XXXL und deren Beschäftigte?

Nicht soviel nachdenken, denn gleich geht's weiter: „Vollzeitbeschäftigung sichert Lebensunterhalt“. Tcha, liebe Freigestellte, Betriebsschließungs-, Rationalisierungs- und Optimierungsoffer, hättet ihr doch nicht diesen Weg gewählt. Jetzt seid ihr nicht nur arm dran, sondern werdet auch noch von den neoliberalen Marktwirtschaftlern verarscht!

Aber noch ist diese Zumutung nicht zu Ende. Fakt 7 heißt: „Vermögen schützt viele vor Altersarmut“. Reichtum schützt vor Armut oder was? Wer kommt denn auf dieses schmale Brett? Jetzt versteht endlich der verstockteste Arbeiter, dass der Direktor sich nicht bereichern, sondern nur der Altersarmut ein Schnippchen schlagen will.

Wer allerdings glaubte, wenn man in einer Partnerschaft lebt und gar Kinder hat, ist der Euro nur mehr die Hälfte wert, es also nix ist mit der Vermögensbildung, dem sagt die Neue Soziale Marktwirtschaft: „Der Trend zu Singlehaushalten erhöht die Armut“ (Fakt 8).

Also dann doch lieber den „Minderleister“ rauskehren und Hartz IV beantragen? „Den Ärmsten geht es seit Hartz IV besser“ (Fakt 9). „Heute ist ein Festtag für alle Arbeitslosen!“ So Peter Hartz am Tag des Inkrafttretens der nach ihm benannten Anleitung zur Enteignung der, ich wiederhole mich, Freigestellten, Betriebsschließungs-, Rationalisierungs- und Optimierungsoffer, Erwerbslosen und Rentner. Vor Allem aber den Frauen aus diesen Gruppen. Das Schonvermögen reicht ganz gewiss auch in Oberhausen nicht für zehn Jahre (s. o.). Bei Weitem nicht!

Endlich kommen wir zum letzten Fakt: „Armut gibt es vor allem in den Städten“. Das ist doch einfach zu lösen. Wir Armen ziehen einfach alle aufs Land und lassen die Armut in der Stadt. Sollen doch die Reichen damit glücklich werden, genau so wie mit der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ INSM.

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demo-

kratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Impressum:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de
Web: www.rsb4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim



TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Dienstag, 08.03.16, 11:55 Uhr, Demo zum Internationalen Frauenkampftag, Treffpunkt: Kommunales Integrationszentrum, Mülheimer Str. 200, Oberhausen
- Mittwoch, 09.03.16, 19:00 Uhr, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Oberhausen